

GERHARD SCHNEDL

Umweltrecht

Umweltrecht

von

Mag. Dr. Gerhard Schnedl

Assistenzprofessor an der Universität Graz

1. Auflage

Wien 2020

facultas

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Angaben in diesem Fachbuch erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr, eine Haftung der Autoren oder des Verlages ist ausgeschlossen.

Copyright © 2020 Facultas Verlags- und Buchhandels AG
facultas Universitätsverlag, Stolberggasse 26, A-1050 Wien

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und der Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten.

Satz: Wandi Multimedia-Agentur

Druck: Finidr, s.r.o., Český Těšín

Printed in the EU

ISBN 978-3-7089-1514-2

e-ISBN 978-3-99111-127-6

Vorwort

Das vorliegende Lehrbuch Umweltrecht ist die Weiterentwicklung meines 2014 in 2. Auflage erschienenen Kurzlehrbuchs „Umweltrecht im Überblick“. Zahlreiche Rechtsänderungen machten eine umfassende Neubearbeitung bzw einen Ausbau des bisherigen Werks und damit auch einen neuen Titel erforderlich. Zu berücksichtigen war auch die in den letzten Jahren intensive Rechtsprechung des EuGH und der österreichischen Höchstgerichte.

Das Lehrbuch für Studium und Praxis soll seinen Lesern den Einstieg in ein äußerst komplexes Rechtsgebiet erleichtern und (vertiefte) Grundkenntnisse des Umweltrechts vermitteln. Struktur und Aufbau sind im Wesentlichen unverändert geblieben. In einem I. Teil (Allgemeines Umweltrecht) werden insb die systembildenden Grundlagen und Strukturen des Umweltrechts unter Berücksichtigung völkerrechtlicher, europarechtlicher bzw nationaler Rechtsgrundlagen dargestellt. Teil II des Lehrbuchs (Besonderes Umweltrecht) bietet einen Überblick über die einzelnen Teilrechtsgebiete des Umweltrechts bzw über die Integration des Umweltrechts in andere Rechtsgebiete. Praxisrelevante Bereiche des Allgemeinen und des Besonderen Umweltrechts werden anwendungsorientiert vertieft, etwa das UIG, das UVP-G, das gewerbliche Betriebsanlagenrecht, das WRG oder das AWG.

Das Lehrbuch wendet sich an Studierende aller Studienrichtungen, denen Grundlagen des Umweltrechts vermittelt werden. Es ist daher an Universitäten, Fachhochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen gleichermaßen einsetzbar. Das Lehrbuch richtet sich zudem an die Praxis. Gerichten, Verwaltungsbehörden, Rechtsanwälten, Sachverständigen und nicht zuletzt auch Umweltorganisationen und betroffenen bzw interessierten Bürgern soll ein kompakter Überblick im Querschnittsrechtsgebiet Umweltrecht geboten werden. Breiten Raum nehmen Fragen der Öffentlichkeitsbeteiligung und des Rechtsschutzes ein, maßgeblich geprägt durch die Aarhus-Konvention bzw die Judikatur des EuGH und des VwGH.

Herzlich bedanken möchte ich mich bei Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl Stöger*, MJur für den fachlichen Diskurs und seine wertvollen Feedbacks. Bei meinen (ehemaligen) Stud.-Ass. *Valentina Konatschnig*, Mag. *Anja Krasser*, Mag. *Elisabeth Paar* und *Maximilian Zankel* bedanke ich mich sehr herzlich für ihre äußerst sorgfältigen Recherchetätigkeiten. Für die stets hervorragende Zusammenarbeit mit dem facultas Verlag danke ich ganz besonders Herrn *Peter Wittmann* und nicht zuletzt Frau Mag. *Paulina Scheiring*, BA für das ausgezeichnete Korrekturat.

Das Lehrbuch ist auf dem Stand 1. 9. 2020. Hinweise auf Fehler sowie Verbesserungsvorschläge sind stets willkommen (E-Mail: gerhard.schnedl@uni-graz.at).

Graz, im September 2020

Gerhard Schnedl

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	17
Literaturhinweise	25

Teil I: Allgemeines Umweltrecht

1. Kapitel: Umweltschutz und Umweltrecht	31
I. Umweltschutz als Aufgabe von Staat und Gesellschaft	31
II. Funktion und Aufgabe des Rechts im Umweltschutz	32
III. Begriff und Regelungsgegenstand des Umweltrechts	33
IV. Umweltrecht als selbständiges Rechtsgebiet	36
2. Kapitel: Rechtsetzungsebenen und Rechtsquellen des Umweltrechts	37
I. Rechtsquellen des nationalen Umweltrechts	37
A. Überblick und Abgrenzung	37
B. Verfassungsgesetze	38
C. Einfache Gesetze	39
D. Verordnungen	40
E. Gliedstaatsverträge	41
II. Rechtsquellen des Umweltvölkerrechts	42
A. Überblick und Abgrenzung	42
B. Völkerrechtliche Verträge	43
C. Völkergewohnheitsrecht	44
D. Allgemeine Rechtsgrundsätze	44
III. Rechtsquellen des Umweltunionsrechts	44
A. Überblick und Abgrenzung	44
B. Primäres Unionsrecht	45
C. Sekundäres Unionsrecht	46
1. Verordnungen	46
2. Richtlinien	47
3. Kapitel: Einteilung des Umweltrechts	49
I. Rechtsbereiche des Umweltrechts	49
A. Öffentliches Umweltrecht	49
B. Umweltprivatrecht	50
C. Umweltstrafrecht	50
II. Materielles und formelles Umweltrecht	50
A. Materielles Umweltrecht	51
B. Umweltorganisationsrecht	51
C. Umweltverfahrensrecht	53
III. Allgemeines und Besonderes Umweltrecht	54
A. Allgemeines Umweltrecht	54

B. Besonderes Umweltrecht	55
IV. Anlagenbezogenes, produktbezogenes und raumbezogenes Umweltrecht	56
A. Anlagenbezogenes Umweltrecht	57
B. Produktbezogenes Umweltrecht	58
C. Raumbezogenes Umweltrecht	58
4. Kapitel: Ziele und Prinzipien des Umweltrechts	60
I. Ziele des Umweltrechts	60
A. Allgemeine (programmatische) Ziele	60
B. Umweltqualitätsziele	61
II. Prinzipien des Umweltrechts	64
A. Überblick und Bedeutung	64
B. Vorsorgeprinzip	64
C. Verursacherprinzip	65
D. Kooperationsprinzip	66
E. Nachhaltigkeitsprinzip	68
F. Integrationsprinzip	69
5. Kapitel: Umweltvölkerrecht	71
I. Bedeutung, Begriff und Regelungsgegenstand des Umwelt- völkerrechts	71
II. Akteure des Umweltvölkerrechts	72
III. Rechtsgrundlagen des Umweltvölkerrechts	73
A. Umweltrelevante völkerrechtliche Verträge	73
1. Allgemeines Umweltrecht	74
2. Besonderes Umweltrecht	78
B. Umweltrelevantes Völkergewohnheitsrecht	83
6. Kapitel: Umweltunionsrecht	84
I. Bedeutung, Begriff und Regelungsgegenstand des Umweltunionsrechts	84
II. Akteure des Umweltunionsrechts	85
III. Rechtsgrundlagen des Umweltunionsrechts	86
A. Umweltprimärrecht	86
1. Umweltschutz als Unionsziel	86
2. Ziele der EU-Umweltpolitik	86
3. Grundsätze bzw Prinzipien der EU-Umweltpolitik	87
4. Rechtsetzungskompetenzen der EU im Umweltbereich	87
a) Umweltschutz als geteilte Zuständigkeit	87
b) Vertragliche Kompetenzgrundlagen	88
5. Nationaler Umweltschutz im unionsrechtlich harmonisierten Bereich	90
6. Nationaler Umweltschutz im unionsrechtlich nicht harmonisierten Bereich	92

B. Sekundäres Umweltrecht	93
1. Allgemeines Umweltrecht	93
2. Besonderes Umweltrecht	97
7. Kapitel: Umweltverfassungsrecht	101
I. Umweltschutz und Grundrechte	101
A. Grundrechtsschutz gegenüber Umweltbeeinträchtigungen	101
B. Grundrechte als Schranken des Umweltschutzes	103
II. Umweltrelevante Staatszielbestimmungen und Verfassungsaufträge	104
A. Das BVG Nachhaltigkeit	104
B. Umweltschutz-Staatszielbestimmungen im Landesverfassungsrecht	107
C. Das BVG Atomfreies Österreich	107
III. Bundesstaatliche Kompetenzverteilung auf dem Gebiet des Umweltschutzes	108
A. Umweltschutz als sog Querschnittsmaterie	108
B. Umweltschutz als Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenz des Bundes	109
C. Umweltschutz als Gesetzgebungskompetenz des Bundes bzw Vollziehungskompetenz der Länder	112
D. Umweltschutz als Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes bzw Ausführungsgesetzgebungskompetenz sowie Vollziehungskompetenz der Länder	113
E. Umweltschutz als Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenz der Länder	113
F. Umweltschutz als Vollziehungskompetenz der Gemeinden	115
8. Kapitel: Umweltverwaltungsorganisation	117
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	117
II. Umweltverwaltungsorganisation auf Bundesebene	117
III. Umweltverwaltungsorganisation auf Landesebene	118
IV. Umweltverwaltungsorganisation auf Gemeindeebene	119
9. Kapitel: Instrumente des Umweltverwaltungsrechts	120
I. Überblick und Abgrenzung	120
II. Instrumente direkter Verhaltenssteuerung (Umweltordnungsrecht)	121
A. Verbote und Beschränkungen	121
B. Gebote	122
C. Verwaltungsbehördliche Überwachungsmaßnahmen	123
D. Eingreifende Verwaltungsmaßnahmen	124
III. Instrumente zielorientierter Verhaltenssteuerung (Umweltplanungsrecht)	125
A. Die raumbezogene Gesamtplanung	127
B. Räumliche Fachplanungen	127

1. Umweltspezifische Fachplanungen	127
2. Nicht umweltspezifische Fachplanungen	129
IV. Umweltprüfungen	129
A. Umweltverträglichkeitsprüfungen	130
B. Strategische Umweltprüfungen	130
C. Naturverträglichkeitsprüfungen	132
D. Raumverträglichkeitsprüfungen	133
V. Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung	133
A. Umweltabgaben	134
B. Umweltzertifikate	135
C. Umweltförderungen	138
D. Umweltzeichen	140
E. Betriebliche Umweltbeauftragte	142
F. Umwelt-(Öko-)Audits	144
G. Umweltinformationen	148
H. Umweltabsprachen	150
VI. Umwelthaftungsrecht	151
VII. Instrumente staatlicher Eigenvorname	152
10. Kapitel: Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutz	
im Umweltverwaltungsrecht	155
I. Überblick und Abgrenzung	155
II. Individuelle Beteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten	156
A. Individuelle Beteiligungsrechte und Rechtsschutzmöglichkeiten	
betreffend umweltrelevante Bescheide	156
B. Individuelle Beteiligungsrechte und Rechtsschutzmöglichkeiten	
betreffend umweltrelevante Verordnungen	160
III. Institutionelle Beteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten	161
A. Institutionelle Beteiligungsrechte und Rechtsschutzmöglichkeiten	
betreffend umweltrelevante Bescheide	161
1. Bürgerinitiativen	162
2. Landesumweltsanwälte	162
3. Umweltorganisationen	164
4. Standortanwälte	166
B. Institutionelle Beteiligungsrechte und Rechtsschutzmöglichkeiten	
betreffend umweltrelevante Verordnungen	167
11. Kapitel: Umweltprivatrecht	169
I. Begriff und Regelungsgegenstand des Umweltprivatrechts	169
II. Privates Umweltnachbarrecht	169
A. Ziel und Rechtsgrundlage des privaten Umweltnachbarrechts	169
B. Nachbarrechtliche Abwehransprüche gem § 364 Abs 2	
und 3 ABGB	169
C. Nachbarrechtlicher Ausgleichsanspruch gem § 364a ABGB	171

III.	Privates Umwelthaftungsrecht	172
A.	Ziel und Rechtsgrundlagen des privaten Umwelthaftungsrechts	172
B.	Die allgemeine Verschuldenshaftung gem §§ 1293 ff ABGB	172
C.	Gefährdungshaftung gem öffentlich-rechtlicher Umweltgesetze	173
12. Kapitel: Umweltstrafrecht		174
I.	Begriff und Regelungsgegenstand des Umweltstrafrechts	174
II.	Umweltjustizstrafrecht	174
A.	Ziel und Rechtsgrundlagen des Umweltjustizstrafrechts	174
B.	Die Umweltjustizstrafatbestände des StGB	175
C.	Die Verwaltungsakzessorietät des Umweltjustizstrafrechts	176
D.	Irrtum und tätige Reue	176
E.	Doppelbestrafungsverbot	177
III.	Umweltverwaltungsstrafrecht	177
13. Kapitel: Ausgewählte Bereiche des Allgemeinen Bundes- umweltrechts		178
I.	Das Umweltinformationsgesetz – UIG	178
A.	Ziel des UIG	178
B.	Anwendungsbereich des UIG	178
1.	Umweltinformationen	178
2.	Informationspflichtige Stellen	180
C.	Passive Umweltinformation	180
1.	Zugangsberechtigung und Form des Informationsbegehrens	180
2.	Zugangsbeschränkungen	181
3.	Informationsmitteilung	182
4.	Rechtsschutz	182
D.	Aktive Umweltinformation	183
1.	Aktive Umweltinformation durch Behörden	183
2.	Aktive Umweltinformation durch Betriebe	184
II.	Das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000	185
A.	Aufgaben der Umweltverträglichkeitsprüfung	185
B.	Gegenstand der Umweltverträglichkeitsprüfung	186
1.	Vorhaben des Anhangs 1 UVP-G	186
a)	UVP-Pflicht	186
b)	Feststellungsverfahren	189
c)	Konzentriertes Genehmigungsverfahren	191
d)	Sperrwirkung	192
2.	Bundesstraßen und Hochleistungsstrecken nach dem 3. Abschnitt des UVP-G	192
C.	UVP-Behörden	192
1.	Vorhaben des Anhangs 1 UVP-G	192
2.	Bundesstraßen und Hochleistungsstrecken	193
D.	Das UVP-Verfahren für Vorhaben des Anhangs 1 UVP-G	193

1.	Vorverfahren und Investorenservice	194
2.	Genehmigungsantrag einschließlich Umweltverträglichkeits- erklärung	195
3.	Öffentliche Auflage	196
4.	Umweltverträglichkeitsgutachten bzw zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen	197
5.	Mündliche Verhandlung und weiteres Verfahren	198
6.	Entscheidung der Behörde	199
	a) Genehmigungsbescheid	199
	b) Genehmigungsvoraussetzungen	200
7.	Partei- und Beteiligtenstellung	202
8.	Rechtsmittelbefugnis	208
9.	Abnahmeprüfung	209
10.	Nachkontrolle	210
III.	Das Standort-Entwicklungsgesetz – StEntG	211
	A. Ziel und Regelungsgegenstand des StEntG	211
	B. Verfahren zur Erlangung der Bestätigung des besonderen öffentlichen Interesses	211
	C. Verfahrensbeschleunigende Sonderbestimmungen	212

Teil II: Besonderes Umweltrecht

14. Kapitel: Teilrechtsgebiete des Besonderen Umweltrechts	215
I. Luftreinhalteungsrecht	215
A. Regelungsgegenstand und Sachlage	215
B. Rechtsgrundlagen	216
1. Überblick	216
2. Immissionsschutzgesetz-Luft – IG-L	217
3. Ozongesetz – OzonG	219
4. Bundesluftreinhaltegesetz – BLRG	220
5. Emissionsschutzgesetz-Luft 2018 – EG-L 2018	221
6. Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen – EG-K 2013	222
7. Bundesgesetz über das Inverkehrbringen von Gasölen	222
II. Gewässerschutzrecht	223
A. Regelungsgegenstand und Sachlage	223
B. Rechtsgrundlagen	223
III. Bodenschutzrecht	224
A. Regelungsgegenstand und Sachlage	224
B. Rechtsgrundlagen	224
IV. Klimaschutzrecht	225
A. Regelungsgegenstand und Sachlage	225
B. Rechtsgrundlagen	226
1. Überblick	226
2. Klimaschutzgesetz – KSG	228

V.	Naturschutzrecht	230
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	230
	B. Rechtsgrundlagen	231
	1. Überblick	231
	2. Naturschutzgesetze der Länder – NSchG	231
VI.	Lärmrecht	232
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	232
	B. Rechtsgrundlagen	232
	1. Überblick	232
	2. Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz – Bundes-LärmG	233
VII.	Abfallwirtschaftsrecht	234
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	234
	B. Rechtsgrundlagen	235
VIII.	Chemikalienrecht	236
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	236
	B. Rechtsgrundlagen	237
	1. Überblick	237
	2. Chemikaliengesetz 1996 – ChemG 1996	238
IX.	Gentechnikrecht	239
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	239
	B. Rechtsgrundlagen	240
	1. Überblick	240
	2. Gentechnikgesetz – GTG	241
X.	Atom- und Strahlenschutzrecht	242
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	242
	B. Rechtsgrundlagen	242
	1. Überblick	242
	2. Strahlenschutzgesetz 2020 – StrSchG 2020	243

**15. Kapitel: Besonderes Umweltrecht als Querschnittsrecht
in sonstigen Rechtsgebieten** 245

I.	Umweltgewerberecht	245
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	245
	B. Rechtsgrundlagen	245
II.	Umweltbergrecht	246
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	246
	B. Rechtsgrundlagen	246
	1. Überblick	246
	2. Mineralrohstoffgesetz – MinroG	247
III.	Umweltforstrecht	247
	A. Regelungsgegenstand und Sachlage	247
	B. Rechtsgrundlagen	248
	1. Überblick	248
	2. Forstgesetz 1975 – ForstG	248
IV.	Umweltverkehrsrecht	249

A. Regelungsgegenstand und Sachlage	249
B. Rechtsgrundlagen	249
1. Überblick	249
2. Bundesstraßengesetz 1971 – BStG 1971	251
3. Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960	252
4. Kraftfahrgesetz 1967 – KFG 1967	252
5. Bundesgesetz über die strategische Prüfung im Verkehrs- bereich – SP-V-Gesetz	253
V. Umweltenergierecht	253
A. Regelungsgegenstand und Sachlage	253
B. Rechtsgrundlagen	254
1. Überblick	254
2. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 – ElWOG	258
3. Ökostromgesetz 2012 – ÖSG	258
4. Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz – KWK-Gesetz	259
5. Starkstromwegegesetz 1968 – StWG	260
6. Bundes-Energieeffizienzgesetz – EEffG	260
VI. Umweltraumordnungsrecht	262
A. Regelungsgegenstand und Sachlage	262
B. Rechtsgrundlagen	262
1. Überblick	262
2. Raumordnungsgesetze der Länder – ROG	263
VII. Umweltbaurecht	264
A. Regelungsgegenstand und Sachlage	264
B. Rechtsgrundlagen	265
1. Überblick	265
2. Baugesetze der Länder – BauG	265
16. Kapitel: Ausgewählte Bereiche des Besonderen Bundesumweltrechts	267
I. Das Betriebsanlagenrecht der Gewerbeordnung 1994 – GewO 1994	267
A. Geltungsbereich der GewO	267
B. Der Begriff der gewerblichen Betriebsanlage	267
C. Genehmigungspflicht gewerblicher Betriebsanlagen	268
1. Genehmigungspflichtige gewerbliche Betriebsanlagen	268
a) Beeinträchtigung bestimmter Schutzinteressen	268
b) Der Nachbarbegriff der GewO	270
2. Genehmigungsfreie gewerbliche Betriebsanlagen	271
D. Spezifische Arten genehmigungspflichtiger gewerblicher Betriebsanlagen	272
1. Bagatellanlagen	272
2. IPPC-Anlagen	273
3. Seveso-Betriebe	274
E. Gewerbebehörden	275

F.	Das Betriebsanlagengenehmigungsverfahren	275
1.	Reguläres Genehmigungsverfahren	275
a)	Genehmigungsantrag	275
b)	Behördliches Ermittlungsverfahren	276
ba)	Mündliche Verhandlung	276
bb)	Konzentrationsbestimmungen	276
bc)	Genehmigung eines Versuchsbetriebs	277
c)	Entscheidung der Behörde	278
ca)	Genehmigungsbescheid	278
cb)	Genehmigungsvoraussetzungen	279
cc)	Betriebsanlagenverordnungen gem § 82 GewO	282
d)	Parteistellung und Rechtsmittelbefugnis	283
da)	Parteistellung und Rechtsmittelbefugnis der Nachbarn ..	283
db)	Parteistellung und Rechtsmittelbefugnis von Umweltorganisationen in IPPC-Genehmigungs- verfahren	285
2.	Vereinfachtes Genehmigungsverfahren	286
3.	Anzeigeverfahren	287
G.	Das Verfahren zur Verschreibung nachträglicher Auflagen	288
1.	Voraussetzungen der Verschreibung nachträglicher Auflagen	288
2.	Einleitung eines Verfahrens zur Verschreibung nachträglicher Auflagen	289
3.	Parteistellung der Nachbarn in Verfahren zur Verschreibung nachträglicher Auflagen	290
H.	Das Verfahren zur Aufhebung oder Abänderung vorgeschriebener Auflagen	290
I.	Überwachung von Betriebsanlagen	291
1.	Behördliche Überprüfungen	291
2.	Betriebliche Überprüfungen	292
II.	Das Wasserrechtsgesetz 1959 – WRG 1959	293
A.	Geltungsbereich des WRG	293
B.	Rechtsnatur der Gewässer	294
C.	Die Benutzung der Gewässer	294
1.	Benutzungsberechtigung	294
2.	Bewilligungsfreier Gemeingebrauch	294
3.	Bewilligungspflichtige Wasserbenutzungen	295
D.	Die nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer, insb deren Schutz und Reinhaltung	296
1.	Ziele der nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung	296
2.	Allgemeine Sorgfaltspflicht für die Reinhaltung der Gewässer ..	297
3.	Bewilligungspflicht für Einwirkungen auf Gewässer	298
E.	Wasserrechtsbehörden	299
F.	Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren	300
1.	Reguläres Genehmigungsverfahren	300
a)	Genehmigungsantrag	300

b) Vorläufige Überprüfung	300
c) Behördliches Ermittlungsverfahren	301
d) Entscheidung der Behörde	301
da) Genehmigungsbescheid	301
db) Genehmigungsvoraussetzungen	302
e) Partei- und Beteiligtenstellung sowie Rechtsmittel- befugnis	306
2. Anzeigeverfahren	311
G. Überprüfung der Ausführung von Wasseranlagen	311
H. Das Verfahren zur Vorschreibung nachträglicher Auflagen	312
I. Wasserrechtliche Überwachungsmaßnahmen	313
1. Behördliche Gewässeraufsicht	313
2. Betriebliche Überprüfungen	313
III. Das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002	314
A. Ziele und Grundsätze der Abfallwirtschaft	314
B. Geltungsbereich des AWG	314
1. Grundlegendes	315
2. Der Abfallbegriff des AWG	316
3. Gefährliche und nicht gefährliche Abfälle	319
C. Abfallbehörden	320
D. Abfallvermeidung und Abfallverwertung	321
1. Maßnahmen der anlagenbezogenen Abfallvermeidung	321
2. Maßnahmen der produktbezogenen Abfallvermeidung und Abfallverwertung	322
E. Pflichten von Abfallbesitzern	323
1. Allgemeine Behandlungspflichten	324
2. Besondere Behandlungspflichten	325
3. Aufzeichnungspflichten	326
4. Meldepflichten	326
F. Abfallbehandlungsanlagen	326
1. Der Begriff der Behandlungsanlage	326
2. Genehmigungs- bzw Anzeigepflicht von Behandlungsanlagen ..	327
a) Genehmigungs- bzw Anzeigepflicht ortsfester Behandlungsanlagen	327
b) Genehmigungspflicht mobiler Behandlungsanlagen	328
3. Spezifische Arten genehmigungspflichtiger ortsfester Behandlungsanlagen	328
4. Das abfallwirtschaftsrechtliche Genehmigungsverfahren für ortsfeste Behandlungsanlagen	330
a) Reguläres Genehmigungsverfahren	330
b) Vereinfachtes Genehmigungsverfahren	334
c) Anzeigeverfahren	335
G. Behandlungsaufträge	335
Stichwortverzeichnis	339

Abkürzungsverzeichnis

A-IUV	Abfall-Industrieunfallverordnung
AarhK	Aarhus-Konvention
AbfallBPV	Verordnung über Abfallbehandlungspflichten
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch vom 1. Juni 1811
ABl	Amtsblatt (der Europäischen Union)
Abs	Absatz
ACCC	Aarhus Convention Compliance Committee
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AllgStrSchV	Allgemeine Strahlenschutzverordnung 2020
AltSAG	Altlastensanierungsgesetz
arg	argumento (folgt aus)
Art	Artikel
ASI	Austrian Standards International
AtomHG	Atomhaftungsgesetz 1999
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991
AVV	Abfallverbrennungsverordnung
AWG	Abfallwirtschaftsgesetz 2002
B-UHG	Bundes-Umwelthaftungsgesetz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung 1929
BauG	Baugesetz(e)
BGBI	Bundesgesetzblatt
Bgm	Bürgermeister
BH	Bezirkshauptmannschaft(en)
BiozidprodukteG	Biozidproduktegesetz
BlgNR	Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrats
BLRG	Bundesluftreinhaltegesetz
BM	Bundesminister, -ium, -in
BMG	Bundesministeriengesetz 1986
BMDW	Bundesminister(ium) für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
BMK	Bundesminister(ium) für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
BMLRT	Bundesminister(ium) für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus
BMSGPK	Bundesminister(ium) für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
BR	Bundesrat
BReg	Bundesregierung
BStG	Bundesstraßengesetz 1971
BStLärmIV	Bundesstraßen-Lärmimmissionsschutzverordnung
Bundes-LärmG	Bundes-Umgebungs-lärmschutzgesetz

BVB	Bezirksverwaltungsbehörde
BVergG	Bundesvergabe-gesetz 2018
BVG	Bundesverfassungsgesetz
BVG Nach- haltigkeit	Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung, BGBl I 2013/111
BVT	beste verfügbare Techniken
BVwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw	beziehungsweise
C	Celsius
CAFE	Clean Air for Europe
CCS	Carbon Dioxide Capture and Storage
CDM	Clean Development Mechanism
Chem-VerbotsV	Chemikalien-Verbotsverordnung 2003
ChemG	Chemikaliengesetz 1996
ChemV	Chemikalienverordnung 1999
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species
CLP	Classification, Labelling and Packaging (of Substances and Mixtures)
CO	Kohlenmonoxid
CO ₂	Kohlen(stoff)dioxid
COP	Conference of the Parties
dh	das heißt
DMG	Düngemittelgesetz 1994
DSG	Datenschutzgesetz
dt	deutsches
DVO	Deponieverordnung 2008
E-InfrastrukturG	Energie-Infrastrukturgesetz
EAG-VO	Elektroaltgeräteverordnung
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EB	Erläuternde Bemerkungen
ECHA	European Chemicals Agency
ECE	Economic Commission for Europe
EEffG	Bundes-Energieeffizienzgesetz
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EG-K	Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen 2013
EG-L	Emissionsgesetz-Luft 2018
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EisbG	Eisenbahngesetz 1957
EiWOG	Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010

EMAS	Eco-Management and Audit Scheme
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg	endgültig
etc	et cetera
ETG	Elektrotechnikgesetz 1992
ETS	Emissions Trading System
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWGV	(ehemaliger) Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZG	Emissionszertifikatgesetz 2011
f	und der (die) folgende
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz 1948
FAG	Finanzausgleichsgesetz 2017
FAV	Feuerungsanlagen-Verordnung 2019
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
ff	und die folgenden
FFH-RL	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
ForstG	Forstgesetz 1975
FS	Festschrift
GasölG	Bundesgesetz über das Inverkehrbringen von Gasölen
GeoDIG	Geodateninfrastrukturgesetz
GewO	Gewerbeordnung 1994
GGBG	Gefahrgutbeförderungsgesetz
GH	Gerichtshof, Gerichtshöfe
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GP	Gesetzgebungsperiode
GRC	Grundrechtecharta der Europäischen Union
GTG	Gentechnikgesetz
GVO	gentechnisch veränderter Organismus
GWG	Gaswirtschaftsgesetz 2011
HFCKW	teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe
hL	herrschende Lehre
HIG	Hochleistungsstreckengesetz
Hrsg	Herausgeber
IA	Initiativantrag
idF	in der Fassung
idgF	in der geltenden Fassung
idR	in der Regel

IE-RL	Industrieemissions-Richtlinie
ieS	im engeren Sinn
IG-L	Immissionsschutzgesetz-Luft
insb	insbesondere
INSPIRE	Infrastructure for Spatial Information in the European Community
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IPPC	Integrated Pollution Prevention and Control
iSd	im Sinne der (des)
ISO	Internationale Organisation für Normung
IUV	Industrieunfallverordnung 2015
iVm	in Verbindung mit
iwS	im weiteren Sinn
JGS	Gesetze und Verordnungen im Justizfach („Justizgesetzsammlung“)
JI	Joint Implementation
Jud	Judikatur
K-LVG	Kärntner Landesverfassung
K-UPG	Kärntner Umweltpланungsgesetz
KESS	Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030
KFG	Kraftfahrergesetz 1967
Kfz	Kraftfahrzeug, -e
KLI.EN-FondsG	Klima- und Energiefondsgesetz
KPG	KWK-Punkte-Gesetz
Krnt	Kärnten, Kärntner
KSG	Klimaschutzgesetz
KVP	Klimaverträglichkeitsprüfung(en)
kW	Kilowatt
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
KWK-Gesetz	Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
L-VG	Landes-Verfassungsgesetz
Landes-AWG	Landes-Abfallwirtschaftsgesetz(e)
Landes-UHG	Landes-Umwelthaftungsgesetz(e)
Landes-UIG	Landes-Umwelteinformationsgesetz(e)
leg cit	legis citatae
LFG	Luftfahrtgesetz
LGBI	Landesgesetzblatt
LH	Landeshauptmann
Lit	Literatur
lit	litera (-ae)
LReg	Landesregierung
LT	Landtag
LULUCF	Land Use, Land-Use Change and Forestry

LV	Landesverfassung
LVG	Landesverfassungsgesetz(e)
LVwG	Landesverwaltungsgericht(e)
MinroG	Mineralrohstoffgesetz
Mio	Millionen
mHa	mit Hinweis auf
MW	Megawatt
mwN	mit weiteren Nachweisen
NDCs	Nationally Determined Contributions
NEC	National Emission Ceilings
NEKP	Nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich
NGOs	Non-Governmental Organizations
NH ₃	Ammoniak
NO ₂	Stickstoffdioxid(e)
NO _x	Stickstoffoxid(e)
NÖ	Niederösterreich(isches)
Nr	Nummer
NR	Nationalrat
NSchG	Naturschutzgesetz(e)
NSchV	Naturschutzverordnung
NVP	Naturverträglichkeitsprüfung(en)
O ₃	Ozon
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OGH	Oberster Gerichtshof
ÖKEVG	Ölkesselbauverbotsgesetz
OÖ	Oberösterreich(isches)
ÖSG	Ökostromgesetz 2012
OzonG	Ozongesetz
PCP	polychlorierte Biphenyle
PIC	Prior Informed Consent
PM _{2,5}	Ultrafeinstaub
PM ₁₀	Feinstaub
PMG	Pflanzenschutzmittelgesetz 2011
POP	Persistent Organic Pollutants
PRTR	Pollutant Release and Transfer Register
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals
RL	Richtlinie(n)
ROG	Raumordnungsgesetz(e)

RoHS	Restriction of Certain Hazardous Substances
RPG	Raumplanungsgesetz
Rs	Rechtssache
Rsp	Rechtsprechung
RVP	Raumverträglichkeitsprüfung(en)
Rz	Randzahl
Sbg	Salzburg(er)
SchFG	Schifffahrtsgesetz
SDGs	Sustainable Development Goals
SKG	Sicherheitskontrollgesetz 2013
Slg	Sammlung
SO ₂	Schwefeldioxid(e)
sog	sogenannte(r)
SP-V-Gesetz	Bundesgesetz über die strategische Prüfung im Verkehrsbereich
SprG	Sprengmittelgesetz 2010
StAWG	Steiermärkisches Abfallwirtschaftsgesetz 2004
StEntG	Standort-Entwicklungsgesetz
StESUG	Steiermärkisches Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt
StGB	Strafgesetzbuch
StGG	Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger
StIV	Störfallinformationsverordnung
Stmk	Steiermark, Steiermärkisches
StNSchG	Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017
StROG	Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010
StrSchG	Strahlenschutzgesetz 2020
StUHG	Steiermärkisches Umwelthaftungsgesetz
StUIG	Steiermärkisches Umweltinformationsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung 1960
StWG	Starkstromwegegesetz 1968
SUP	Strategische Umweltprüfung(en)
Tir	Tirol(er)
TMG	Tiermaterialienengesetz
TUP	Tiroler Umweltprüfungsgesetz
ua	unter anderem; und andere(s)
udgl	und dergleichen
UFG	Umweltförderungsgesetz
UHG	Umwelthaftungsgesetz(e)
UIG	Umweltinformationsgesetz(e)
UKG	Umweltkontrollgesetz
UMG	Umweltmanagementgesetz

UNEP	United Nations Environment Programme
UNO	United Nations Organization
uU	unter Umständen
uva	und viele andere
UVE	Umweltverträglichkeitserklärung
UVGA	Umweltverträglichkeitsgutachten
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung(en)
UVP-G	Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000
V	Verordnung (innerstaatlich)
va	vor allem
VbVG	Verbandsverantwortlichkeitsgesetz
VerpackungsV	Verpackungsverordnung 2014
VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl	vergleiche
VlbG	Vorarlberg(er)
VO	Verordnung (EU)
VOC	flüchtige organische Verbindungen
VStG	Verwaltungsstrafgesetz 1991
VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991
VwG	Verwaltungsgericht(e)
VwGG	Verwaltungsgerichtshofgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
VwGVG	Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz
VwSlg	Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichts-hofes
WBFG	Wasserbautenförderungsgesetz
WEEE	Waste of Electrical and Electronic Equipment
WKLG	Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz
Wr	Wien(er)
WRG	Wasserrechtsgesetz 1959
Wv	Wiederverlautbarung
WWF	World Wide Fund For Nature
Z	Zahl, Ziffer
zB	zum Beispiel
ZPEMRK	Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVG	Zeitschrift der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Literaturhinweise (Auswahl)

Gesamtdarstellungen

Österreich

- Ennöckl/N. Raschauer/Wessely* (Hrsg), Handbuch Umweltrecht. Eine systematische Darstellung³ (2019)
- Fuchs* (Hrsg), Einführung in das Umweltrecht (2020)
- Hauer/Mayrhofer* (Hrsg), Umweltrecht. Grundriss für Studium und Praxis² (2015)
- Kerschner/Wagner* (Hrsg), Umwelt- und Anlagenrecht, Bd II: Umweltprivatrecht und Umwelthaftung (2020)
- Kerschner/Wagner/Weiß*, Umweltrecht für Gemeinden² (2013)
- B. Raschauer*, Umweltschutzrecht² (1988)
- Reindl-Krauskopf/Salimi*, Umweltstrafrecht. Eine systematische Darstellung des gerichtlichen Umweltstrafrechts (2013)
- Wagner* (Hrsg), Umwelt- und Anlagenrecht, Bd I: Interdisziplinäre Grundlagen (2016)

Deutschland

- Erbguth/Schlacke*, Umweltrecht⁷ (2019)
- Hoppe/Beckmann/Kauch*, Umweltrecht² (2000)
- Kahl/Gärditz*, Umweltrecht¹¹ (2019)
- Kloepfer*, Umweltrecht⁴ (2016)
- Kloepfer/Durner*, Umweltschutzrecht³ (2020)
- Kluth/Smeddinck* (Hrsg), Umweltrecht (2013)
- Koch/Hofmann/Reese* (Hrsg), Umweltrecht⁵ (2018)
- Peters/Hesselbarth/Peters*, Umweltrecht⁵ (2016)
- Rehbinder/Schink* (Hrsg), Grundzüge des Umweltrechts⁵ (2018)
- Sparwasser/Engel/Voßkuhle*, Umweltrecht. Grundzüge des öffentlichen Umweltschutzrechts⁵ (2003)

Völkerrecht

- Beyerlin*, Umweltvölkerrecht (2000)
- Beyerlin/Marauhn*, International Environmental Law (2011)
- Epiney/Scheyli*, Umweltvölkerrecht (2000)
- Proelß* (Hrsg), Internationales Umweltrecht (2017)

Europarecht

- Epiney*, Umweltrecht in der Europäischen Union⁴ (2019)
- Jans/Vedder*, European Environmental Law⁴ (2011)
- Jans/von der Heide*, Europäisches Umweltrecht (2003)
- Kingston/Heyvaert/Cavoski*, European Environmental Law (2017)
- Langlet/Mahmoudi*, EU Environmental Law and Policy (2016)
- Meßerschmidt*, Europäisches Umweltrecht (2011)

Rengeling (Hrsg), Handbuch zum europäischen und deutschen Umweltrecht² (2003)
Wagner/Pree (Hrsg), European Environmental Law (2012)

Kommentare (Österreich)

Altenburger (Hrsg), Kommentar zum Umweltrecht, Bd 1² (2019)
Altenburger/Berger, UVP-G² (2010)
Altenburger/N. Raschauer, Kommentar zum Umweltrecht (2014)
Baumgartner/Petek, UVP-G 2000 (2010)
Bumberger/Hinterwirth, WRG³ (2020)
Bumberger/Hochholdinger/Niederhuber/Wolfslehner, AWG 2002² (2014)
Ennöckl/Maitz, UIG² (2011)
Ennöckl/N. Raschauer/Bergthaler, UVP-G³ (2013)
Götz/Janitsch/Latzenhofer/Weismann, B-UHG (2010)
Grabler/Stolzlechner/Wendl, GewO³ (2011)
Gruber/Paliego-Barfuß, GewO⁷ (2019)
Hinteregger/Kerschner (Hrsg), B-UHG (2011)
Hojesky/Lenz/Wollansky, IG-L (2012)
Kerschner/Weiß, WRG (2003)
Kohlbach/Wollansky, EZG (2012)
Lampert, UVP-G (2020)
List/Schmelz, AWG 2002³ (2009)
Oberleitner/Berger, WRG⁴ (2018)
Paliego-Barfuß, GewO Taschenkommentar¹⁶ (2017)
B. Raschauer, WRG (1993)
Scheichl/Zauner/Berl, AWG 2002 Kurzkommentar (2015)
Schmelz/Schwarzer, UVP-G (2011)
Schmied, UIG (2005)
Stolzlechner/Seider/Vogelsang, GewO Kurzkommentar² (2018)
Weber/Barbist, B-UHG (2009)

Jahrbücher und Schriftenreihen (Österreich)

Ennöckl/Niederhuber (Hrsg), Jahrbuch Umweltrecht (seit 2016)
Institut für Umweltrecht der JKU Linz (Hrsg), Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts (seit 2004; Beiträge der jährlich stattfindenden Österreichischen Umweltrechtstage)
Kerschner (Hrsg), Schriftenreihe Recht der Umwelt (RdU) (seit 1996)
Wagner (Hrsg), Schriftenreihe Umweltrecht und Umwelttechnikrecht (seit 2012)

Gesetzesausgaben (Österreich)

Kodex Umweltrecht⁵¹ (2019)

Kodex EU-Umweltrecht¹⁶ (2020)

Schnedl (Hrsg), Gesetzessammlung Umweltrecht⁵ (2020)

Zeitschriften (Österreich)

Recht der Umwelt (RdU), mit der Beilage Umwelt & Technik

Zeitschrift für Energie- und Technikrecht (ZTR)

Teil I: Allgemeines Umweltrecht